

Was meinen die Deutschen zu den Schlüsselfragen der europäischen Integration im Vorfeld der Osterweiterung im Mai und der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2004? Was denken die Deutschen, ein Jahr nach dem Irak-Krieg, über die USA und die transatlantischen Beziehungen? Das Institut für Demoskopie Allensbach hat für die Konrad-Adenauer-Stiftung im November 2003 hierzu eine Befragung durchgeführt. Die Ergebnisse basieren auf einer Face-to-Face Umfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführt hat. Die Feldzeit lief vom 15. bis 26. November 2003. Es wurden insgesamt 2105 Interviews realisiert (1259 im Westen und 846 im Osten). Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse dargestellt.

Schattendasein der EU

Die Europäische Union fristet trotz ihrer wachsenden Bedeutung eher ein Schattendasein in den Köpfen. Desinteresse, Unkenntnis und Skepsis prägen die Einstellungen gegenüber der Union. Während die EU um eine demokratische Verfassung ringt, die mit 25 Mitgliedstaaten Handlungsfähigkeit sichert, ist das wahrgenommene Hauptdefizit die mangelnde Transparenz auf europäischer Ebene. Und die Kenntnisse über die politischen Probleme sind gering. So haben nur 43 Prozent der Deutschen von der Arbeit des Verfassungskonventes gehört.

Dennoch wird die Europäische Union nicht unisono negativ bewertet. Dort, wo

ihr praktischer Nutzen sichtbar und greifbar ist, überwiegen positive Einstellungen. So stoßen einheitliche Umweltrichtlinien, die freie Wahl des Wohnortes und des Arbeitsplatzes sowie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch die Abschaffung der Grenzkontrollen zwischen den EU-Ländern auf deutliche Zustimmung. Der Euro wird hingegen nur von knapp der Hälfte der Deutschen positiv bewertet. Wirtschaftspolitische Regulierungen, landwirtschaftliche Subventionen und sogar ein einheitliches Wohlstandsniveau in Europa werden nur von einer Minderheit der Deutschen begrüßt.

Die Ursache für die Skepsis gegenüber der Europäischen Union dürfte in der nach wie vor starken Orientierung an der nationalen Ebene zu suchen sein. Auch hier zeigen sich die Deutschen gegenüber der tatsächlichen Lage erstaunlich resistent. Der stetige Kompetenzzuwachs der EU wird weitgehend abgelehnt. Eine Mehrheit von 57 Prozent möchte die Entscheidungsmacht bei den nationalen Parlamenten angesiedelt wissen.

Im Vergleich zu 1999 ist die Akzeptanz gesunken, mehr Befugnisse abzugeben. Doch ist damit nicht der Wunsch nach mehr nationaler Eigenständigkeit gewachsen. Stark angestiegen ist der Anteil der Ratlosen, die sich für keine der beiden Positionen entscheiden können. In der Anhängerschaft der Union findet sich die stärkste Basis für Entscheidungen in eigener Verantwortung. 61 Prozent sprechen sich für eine größere nationale Souveränität aus.

**Einstellungen zur weiteren
Entwicklung in Europa**

	1999	2003
Die einzelnen EU-Länder sollten möglichst viel selbst entscheiden	62	57
Die EU-Länder sollten mehr Befugnisse an die EU abgeben	34	21
Unentschieden	4	23

Der Mitgliedschaft in der EU stehen die Deutschen seit den achtziger Jahren eher reserviert gegenüber. Eine Mehrheit sieht sowohl Vor- als auch Nachteile. Der Anteil derjenigen, die eher Vorteile sehen, ist größer als das Lager derjenigen, bei denen eine negative Bewertung dominiert. Die Anhänger der Bündnisgrünen und der SPD stehen der EU-Mitgliedschaft am positivsten gegenüber. Deutlich reservierter sind die Anhänger der Union, FDP und PDS. Sieht man von der PDS ab, die in allen Einstellungsprofilen europafrem ist, ist das bürgerliche Lager am skeptischsten.

Dort ist auch die Kritik an der Höhe der deutschen Finanztransfers an die Europäische Union besonders stark verbreitet. 70 Prozent der Unions- und 65 Prozent der FDP-Anhänger empfinden die Kosten zur Finanzierung der europäischen Einheit zu hoch. Bei SPD-Anhängern sind es

**Die Mitgliedschaft
in der Europäischen Union hat ...**

	1983	2003
eher Vorteile	27	27
eher Nachteile	23	20
teils Vorteile/ teils Nachteile	46	49

lediglich 48 Prozent und bei den Bündnis-Grünen-Anhängern 42 Prozent, welche die Finanzierung kritisch bewerten.

Die EU-Osterweiterung

Stark von Sorgen und Ängsten geprägt ist auch die Sichtweise der EU-Osterweiterung. Nur 22 Prozent finden sie eher gut; 59 Prozent haben eine negative Haltung. Diese Frage polarisiert auch die Wählerschaften der Parteien im Rahmen des Rechts-Links-Schemas. Während nur 20 Prozent der Unions-Anhänger die Erweiterung eher positiv bewerten, sind es unter den SPD-Anhängern 42 Prozent und den Bündnis-Grünen 39 Prozent.

In der Bevölkerung dominiert insgesamt das Unbehagen gegenüber dem Beitrittszeitpunkt. 59 Prozent glauben, dass der Beitritt zu früh kommt, drei Prozent sind der Ansicht, er käme zu spät, und 16 Prozent sind der Ansicht, er käme gerade richtig. Ein Fünftel ist hierbei unentschieden. Prüft man jetzt im Einzelnen, mit welchen Begleiteffekten die EU-Osterweiterung verbunden wird, zeigen sich auch hier wieder im Lager der Union und der FDP die größten Vorbehalte.

Die Sorgen, die mit der EU-Osterweiterung verbunden sind, basieren in erster Linie auf wirtschaftlichen Überlegungen. Es wird befürchtet, dass „viele deutsche Unternehmen in Schwierigkeiten kommen, weil sie nicht so billig produzieren können wie die Firmen in den osteuropäischen Staaten“. Weil diese Sorgen besonders im Mittelstand verbreitet sind, ist es kaum verwunderlich, dass die Skepsis bei Unionsanhängern so hoch ist. Auch macht man sich Sorgen, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland ansteigt. Befürchtungen, dass die Zahl der Zuwanderer aus Osteuropa zunimmt und dass die Kriminalität ansteigt, sind ebenfalls weit verbreitet. Aber auch Überlegungen über den Reifegrad der osteuropäischen Staaten prägen das Sorgenbündel mit. Illegale Einwanderung, die Senkung des Wohl-

Osterweiterung der EU							
Jeweils: Stimme voll und ganz zu/ stimme eher zu	CDU/ CSU	SPD	FDP	B90/ Grüne	PDS	Unent.	Insgesamt
Es werden viele Deutsche Unternehmen in Schwierigkeiten kommen, weil sie nicht so billig produzieren können wie die Firmen in den osteuropäischen Staaten	87	71	83	75	74	88	85
Die Kriminalität wird bei uns zunehmen	82	61	81	61	77	80	78
Die Zahl der Zuwanderer aus Osteuropa nach Deutschland wird zunehmen	86	70	85	76	81	80	82,1
Die Arbeitslosigkeit wird dadurch bei uns steigen	76	54	80	50	81	77	74
Es wird mehr illegale Einwanderung in die EU geben	74	62	74	49	71	70	69
Die Demokratien in Osteuropa sind noch nicht reif für die EU, es fehlt die Erfahrung mit demokratischen Verfahren	76	53	81	54	64	73	72
Die Osterweiterung wird den Wohlstand in der ganzen EU nach unten ziehen	69	49	67	51	70	63	65
Einige osteuropäische Länder sind unserer Kultur zu fremd	64	44	60	37	49	59	58
Die EU wird durch die Osterweiterung zu groß	52	31	36	31	42	46	47
Durch die Osterweiterung gibt es viele neue Aufträge für die deutsche Wirtschaft	46	61	60	62	47	49	47
Die EU wird vom Beitritt wirtschaftliche Vorteile haben	32	45	33	54	45	34	35

standsniveaus in der ganzen EU und die kulturelle Fremdheit sind für eine Mehrheit Anlass zur Sorge.

Die Türkei-Frage

Doch nicht nur dem Beitritt der osteuropäischen Länder wird mit Vorbehalten begegnet. Auch eine Mitgliedschaft der Türkei stößt auf Skepsis. Gefragt, ob die Türkei beitreten soll, sobald es möglich

ist, lehnen 63 Prozent der Befragten einen EU-Beitritt ab. Lediglich 15 Prozent sprechen sich dafür aus, während 22 Prozent noch unentschieden sind. Die Anhänger der FDP lehnen mit 75 Prozent einen Beitritt am deutlichsten ab, gefolgt von der Anhängerschaft der Union mit 68 Prozent und 63 Prozent der PDS-Anhänger. Gut die Hälfte der SPD- und Grünen-Anhänger würden den Beitritt ebenfalls nicht be-

Beitritt der Türkei in die EU							
Jeweils: Stimme voll und ganz zu/ stimme eher zu	CDU/ CSU	SPD	FDP	B90/ Grüne	PDS	Unent.	Insgesamt
Die Türkei ist noch nicht reif für die Mitgliedschaft, denn dort werden die Menschenrechte missachtet	88	74	86	80	74	85	84
Die Türkei ist von ihrer demokratischen Entwicklung her noch nicht reif für einen Beitritt	85	63	82	66	70	84	80
Der Einfluss des Islam wird größer	81	62	74	67	59	78	76
Die Zuwanderung aus der Türkei würde nach einem Beitritt noch zunehmen	79	58	79	61	69	74	73
Ein Beitritt der Türkei führt zu größeren finanziellen Lasten für die EU	83	65	84	65	72	80	79
Die kulturelle Vielfalt in der EU wird sich vergrößern	66	68	75	72	68	66	66
Die demokratische Entwicklung in der Türkei wird gefördert	61	67	58	76	51	63	59
Der Beitritt würde helfen, die in Deutschland lebenden Türken besser zu integrieren	31	36	24	45	41	40	34
Die Türkei hat ein großes Wirtschaftspotential und wird dadurch mittel- und langfristig die EU stärken	30	44	31	45	34	31	32
Die Situation im Nahen Osten wird dann stabiler	27	35	24	40	25	28	28

grüßen. Je näher der Beitrittszeitpunkt der Türkei rückt, umso größer sind die damit verbundenen Sorgen und Ängste. In einer von Infratest im Januar 2004 erhobenen Umfrage, wurde nach einem mittel- bis langfristigen Beitritt der Türkei gefragt. Und hier sprechen sich, wegen der zeitlichen Distanz, die Deutschen mehrheitlich (58 Prozent) für einen Beitritt aus.

Der Ablehnung des Türkei-Beitrittes liegt keine Ausländerfeindlichkeit zu Grunde. 84 Prozent führen an, dass die

Türkei noch nicht reif für die EU sei, weil dort Menschenrechte missachtet würden. 80 Prozent führen den Stand der demokratischen Entwicklung an. Aber auch ein wachsender Einfluss des Islam wird von 76 Prozent als Problem genannt. Finanzielle Lasten für die EU und eine Zunahme der Zuwanderung aus der Türkei rangieren auf der Sorgenliste weit oben. Andererseits sieht eine Mehrheit von 66 Prozent den Gewinn an kultureller Vielfalt und 59 Prozent sind der Ansicht, dass die demokratische Entwicklung in der

Türkei gefördert würde. Positive Effekte für eine bessere Integration der Türken, die bereits in Deutschland leben, sieht nur ein gutes Drittel. Ebenso viele erwarten durch das Wirtschaftspotenzial der Türkei einen langfristig positiven Effekt auf die EU. Die in der Außenpolitik bedeutende Frage der Stabilität der Region durch die Integration der Türkei spielt in den Köpfen nur eine nachgeordnete Rolle. Gerade 38 Prozent führen diesen Aspekt an.

Die USA und die transatlantischen Beziehungen

Unabhängig von den diplomatischen und politischen Konstellationen hat das deutsch-amerikanische Verhältnis für die Deutschen immer noch einen hohen Stellenwert. 90 Prozent der Deutschen halten ein gutes Verhältnis Deutschlands zu den USA für wichtig. Damit ist der Grundpfeiler der deutsch-amerikanischen Partnerschaft nicht in Frage gestellt. Dies ist auch zwischen Ost- und Westdeutschen nicht strittig. Für die Deutschen spielen jedoch nicht nur außenpolitische Überlegungen eine Rolle. 81 Prozent fürchten, dass ein schlechtes Verhältnis zu den USA der deutschen Wirtschaft schaden würde; andererseits sehen 68 Prozent die Gefahr von Terroranschlägen in Deutschland steigen, je enger mit den USA zusammen gearbeitet wird. Der Einsatz der USA nach dem Zweiten Weltkrieg ist nach wie vor ein zentraler Identifikationspunkt, der auch ohne persönliches Erleben eine tiefe Verbundenheit erzeugt. 65 Prozent empfinden gegenüber den USA Dankbarkeit, für die nach dem Zweiten Weltkrieg geleistete Hilfe.

Kurz gesagt: das Meinungsbild der Deutschen gegenüber Amerika ist nicht konsistent. Zwar sind nur 41 Prozent der Ansicht, dass die USA so mächtig seien, dass man „verstärkt dagegen halten muss“. Doch immerhin schon 53 Prozent finden Amerika zu mächtig. In den neuen

Verhältnis zu den USA

Jeweils: Stimme voll und ganz zu/stimme eher zu	Insgesamt
Ein gutes Verhältnis zu den USA ist für Deutschland wichtig	90
Ein schlechtes Verhältnis zu den USA schadet der deutschen Wirtschaft	81
Je enger Deutschland mit den USA zusammen arbeitet, desto größer wird die Gefahr von Terroranschlägen bei uns	68
Die Deutschen sollten den USA für ihre Hilfe nach dem Zweiten Weltkrieg dankbar sein	65
Die USA sind so mächtig, dass man verstärkt dagegen halten muss	41

Ländern sind die Sorgen ausgeprägter (59 Prozent). Das Amerikabild polarisiert die Anhänger der Parteien: Am wenigsten fürchten Anhänger der CDU/CSU (40 Prozent) ein übermächtiges Amerika, am stärksten fühlen sich die Anhänger der PDS bedroht (82 Prozent).

Eine Mehrheit der Deutschen bewertet die Art, wie die USA eigene Interessen vertreten, als rücksichtslos und egoistisch (72 Prozent). Etwa die Hälfte zweifelt an der internationalen Problemlösungsfähigkeit der Vereinigten Staaten, da auch im Lande selbst viele Probleme nicht gelöst seien. Weder das Urteil, die USA setzen sich wie kein anderes Land für Freiheit und Demokratie ein, noch die Vermutung, dass nur die USA die einzige zuverlässige Führungsmacht seien, die in den Krisengebieten der Welt für Frieden sorgen kann, wird von den meisten Deutschen geteilt.

In den neuen Ländern dominiert ein kritisches Amerikabild. Nur 14 Prozent der Ostdeutschen sehen Amerika als Verfechter von Demokratie und Menschenrechten, 59 Prozent sind der Ansicht, dass

Amerikabild							
Jeweils: Stimme zu	CDU/ CSU	SPD	FDP	B90/ Grüne	PDS	Unent.	Insgesamt
Kein Land tritt immer wieder so für die Demokratie ein, ist ein so starker Verfechter von Freiheit und Menschenrechten	37	15	24	12	4	22	24
Auf Amerika als Weltmacht kann man sich nicht verlassen, weil die selbst im eigenen Land mit vielen Problemen nicht fertig werden können	40	59	47	60	71	47	51
Die USA sind heute die einzige zuverlässige Führungsmacht der Welt, die in den Krisengebieten der Welt für Frieden sorgen kann	32	14	19	13	6	17	20
Kaum ein anderes Land vertritt seine Interessen so rücksichtslos und egoistisch wie die USA	66	76	69	80	93	69	72

die USA auch mit ihren eigenen Problemen nicht fertig werden, und nur 12 Prozent sehen die USA als handlungsfähig und zuverlässig in Krisengebieten.

Die Frage, ob Europa in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ein Gegengewicht zu den USA bilden sollte, war eins der meist diskutierten Themen während der Krise um den Irak-Krieg. Die Meinungen der Deutschen zu diesem Komplex sind nicht konsistent. Bei einer Reihe internationaler Gefahren werden europäische Alleingänge abgelehnt. Dass der internationale Terrorismus am besten von EU und USA gemeinsam bekämpft werden soll, ist praktisch Konsens (91 Prozent). Auch bei der Gefährdung durch radikale Moslems wollen die Deutschen transatlantische Kooperation. Die Bedeutung dieser Partnerschaft spiegelt sich in dem Wunsch wider, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen gemeinsam zu bekämpfen und die unsichere Lage im Nahen Osten gemeinsam zu befrieden. Gemeinsamkeiten zwischen EU und USA werden auch bei

Erpressungsszenarien rohstoffbesitzender Länder und eine aggressive russische Außenpolitik betont. Die Flüchtlingsproblematik wird hingegen in erster Linie als EU-eigenes Politikfeld wahrgenommen.

Doch begibt man sich von den konkreten Politikfeldern weg auf die Ebene der allgemeinen Ausrichtung der europäischen Außenpolitik, verschieben sich die Schwerpunkte. Weder die Option der engen Partnerschaft noch die Option der vollständig eigenständigen europäischen Politik findet in der Bevölkerung Rückhalt. Vielmehr wünschen sich die Deutschen einen Mittelweg der kritischen Verbundenheit. 68 Prozent stimmen der Aussage zu, dass die „Europäer zwar Partner der USA bleiben“, die Politik aber unabhängiger gestaltet werden soll.

Folgen für die Politik

Auf jeden Fall wird es in Zukunft, unabhängig von der politischen Konstellation in Berlin, für deutsche Politiker noch wichtiger als bisher, den Vorteil der

europäischen Integration für Deutschland zu verdeutlichen und deutsche EU-Politik vom Beigeschmack des Altruistischen zu befreien. Sicherlich ist dies heute und in Zukunft weniger durch Rückbezüge auf den Zweiten Weltkrieg (also eine Zeit in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts) möglich. Vielmehr müssten die Vorteile einer starken Europäischen Union in einer globalisierten Welt mit neuen Sicherheitsrisiken zum Hauptthema werden – ohne Geschichte ganz auszublenden. In besonderem Maße gilt dies für die Osterweiterung. Auf Ängste eingehen ist nötig, kann aber nicht heißen: sie zu verstärken. Dies ist auch eine Herausforderung für die politischen Stiftungen.

Für die schwierige Aufgabe, in der jetzigen Situation der Skepsis gegenüber der EU zu begegnen und die Ängste gegenüber der Osterweiterung zu mildern, gibt es eine wichtige Bedingung. Die Diskussion über einen Türkei-Beitritt muss realistisch geführt werden und die Aufnahmefähigkeit der EU in Betracht gezogen werden. Die im Vergleich zur EU-Osterweiterung hier noch größere Skepsis bei

Anhängern aller Parteien muss bei jeder Analyse eine Rolle spielen.

Für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit und die transatlantische Partnerschaft signalisiert die Umfrage keine Wende um 180 Grad. Gerade die deutsch-amerikanische Wiederannäherung der letzten Monate zeigt dies. Aber innerhalb dieser Beziehung wird eine gewisse Arbeitsteilung noch stärker zur Geltung kommen müssen: Die EU muss sich stärker bemühen, ernst zu nehmender Partner zu sein – und das geht nur über eine größere Effizienz ihrer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die wiederum nur in Zusammenarbeit, aber nicht gegen die USA denkbar ist – und die sich dann ruhig auf „multilaterale“ Instrumente konzentrieren kann. Gleichzeitig wird anerkannt werden müssen, dass die USA auch in Zukunft nicht auf präventive Militäraktionen verzichten werden, wenn sie sich bedroht sehen. Beide Akzentsetzungen sind durchaus miteinander vereinbar. Konkreter: internationale Sicherheit wird im transatlantischen Rahmen ohne sie beide nicht mehr möglich sein.

Kein festgefügtter Block

„Der türkische Muslimführer Fethullah Gülen hat sich in einem Gespräch mit der türkischen Zeitung ‚Zaman‘ entschieden gegen Terrorismus und Selbstmordattentate ausgesprochen. In dem Interview sagte er unter anderem: ‚Selbstmordkommandos kann und darf es nicht geben. Niemand kann sich Bomben anbinden, unter unschuldige Menschen gehen und dann diese zur Explosion bringen. Es ist nicht erlaubt. Dafür gibt es nicht einmal im Krieg eine Erlaubnis.‘ Gülen erinnerte daran, daß das islamische Recht selbst für den Dschihad exakte Regeln festgelegt habe, die genau eingehalten werden müßten. Darin wird ausdrücklich der Schutz von Nichtkämpfenden bekräftigt. Zudem könnten weder Individuen noch irgendwelche Gruppen irgend jemandem ‚den Krieg erklären‘. Eine islamische Welt im Sinne eines festgefügtten Blocks gebe es nicht, sondern nur gläubige Individuen. Gülen ist Gründer der islamischen Erweckungsbewegung der Fethullahcilar.“

Wolfgang Lerch am 24. März 2004 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.